



**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 12.04.2023

Niederschrift

20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 16.03.2023

Anwesend:

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

Frau Dr. Daniela Stoeckel

Stadtverordnete/r

Herr Dennis Alfonso Muñoz
Frau Tina Argyriadis
Herr Marvin Donig
Frau Pia Eckert-Graulich
Frau Marina Glorius
Frau Janina Holzapfel
Herr Matti Merker
Herr Dirk Mühlhahn
Herr Dieter Ohl
Frau Peggy Yvonne Pittner
Herr Simon Weschenfelder
Frau Birgitt Engelhardt
Herr Michael Engels
Herr Dr. Jochen Ohl
Herr Alexander Pfau
Herr Stefan Bock
Herr Rüdiger Funck
Herr Stefan Jost
Herr Hansgeorg Münch
Herr Holger Schütz
Frau Helga Weber
Herr Karl Friedrich Emmerich
Frau Annette Huber
Herr Alexander Kreß
Herr Abdelaziz Mouami
Frau Daniella Sagnelli-Reeh
Frau Helga Berthold
Frau Dr. Margarete Sauer

Bürgermeister

Herr Bürgermeister René Kirch

Erste Stadträtin

Frau Erste Stadträtin Miriam Mohr

Magistrat

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Brunst

Frau Stadträtin Jutta Burghardt

Herr Stadtrat Horst Engelhardt

Herr Stadtrat Norbert Knöll

Herr Stadtrat Karlheinz Müller

Frau Stadträtin Ursula Münch

Herr Stadtrat Klaus Scheuermann

Herr Stadtrat Oliver Schröbel

Ortsvorsteher

Herr Karl-Heinz Dührig

Frau Claudia Harms

Herr Karl-Heinz Prochaska

Ausländerbeiratsvorsitzender

Herr Hamid Anzoul

Seniorenbeiratsvorsitzender

Herr Michael Ohl

Schriftführerin

Frau Andrea Schickedanz

Nicht anwesend:

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Heiko Handschuh

Entschuldigt

Stadtverordnete/r

Frau Vanessa Marques

Herr Dr. Jens Zimmermann

Entschuldigt

Herr Sven Blümlein

Entschuldigt

Frau Katja Köbler

Entschuldigt

Frau Beate Pfeffermann

Entschuldigt

Herr Johannes Burghaus

Entschuldigt

Herr Alwin Kreher

Entschuldigt

Beginn der Sitzung:

20:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:10 Uhr

Tagesordnung:

Teil A

1. Mitteilungen der stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteherin
2. Mitteilungen des Magistrats
 - 2.1. Kurzmitteilungen zur Stadtverordnetenversammlung
 - 2.2. Stand der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung am 16.03.2023
Vorlage: 320/1122/2023
 - 2.3. Beantwortung der FDP-Anfrage zur Lichtverschmutzung
Vorlage: /0192/2023
 - 2.4. Immissionsprognose Kita-Neubau Mühlstrasse (jetzt St.Peray-Strasse)
Vorlage: 230/0047/2023
 - 2.5. Bericht zum Energieeinsparpotential bei der Straßenbeleuchtung
Vorlage: 240/0042/2023
3. Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Amtsperiode 2024 - 2028
Vorlage: 320/1107/2023
4. Änderung der Marktordnung für den Umstädter Herbstmarkt
Vorlage: 150/0117/2023
5. Satzung zum verpflichtenden Einbau von Zisternen und Förderung beim Einbau von Zisternen
 - 5.1. Grundsatzbeschluss
Vorlage: 210/0178/2022
 - 5.2. Änderungsantrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 14.03.2023
Vorlage: Grü/0024/2023
 - 5.3. Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 16.03.2023
Vorlage: FDP/0011/2023
6. Bebauungsplan „Auf dem Heimgesberg“ im Stadtteil Kleestadt sowie 2. Änderung des Flächennutzungsplanes
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Einleitung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 210/0020/2019

7. Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Geiersberg Plan 4" im Stadtteil Umstadt - Verlängerung der Geltungsdauer gem. § 17 BauGB
Vorlage: 210/0188/2023
8. Ausübung des Vorkaufsrecht nach § 23 Absatz 6 Hessisches Wassergesetz
9. Überprüfung von Grundstücken und Immobilien in Bezug auf Einführung einer Grundsteuer C
 - 9.1. Prüfantrag der BVG-Fraktion vom 02.02.2023
Vorlage: BVG/0009/2023
 - 9.2. Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 16.03.2023
Vorlage: FDP/0009/2023
10. Einrichtung eines Facharbeitskreises Bauen; Antrag der BVG-Fraktion vom 02.02.2023
Vorlage: BVG/0010/2023
11. Realisierung einer Hundewiese; Antrag der BVG-Fraktion vom 02.02.2023
Vorlage: BVG/0011/2023
12. Erhöhung des Geschosswohnungsbaus in künftigen Neubaugebieten; Antrag der BVG-Fraktion vom 02.02.2023
Vorlage: BVG/0012/2023
13. Vermietung an die Stadt
 - 13.1. Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 22.09.2022
Vorlage: SPD/0011/2022
 - 13.2. Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.02.2023
Vorlage: CDU/0010/2023
 - 13.3. Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 16.03.2023
Vorlage: FDP/0010/2023
14. Einführung der Gelben Tonne; Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 23.06.2022
Vorlage: Grü/0016/2022
15. Hybridmodell aus Handel und bezahlbarem Wohnraum - Antrag "Bündnis90/Die Grünen" vom 09.12.2022 mit Änderungen vom 06.01.2023
Vorlage: Grü/0022/2022

16. Erstellung eines Flächenkatasters für Freiflächen-Photovoltaik
- 16.1. Antrag SPD vom 21.12.2022
Vorlage: SPD/0014/2023
- 16.2. Erstellung eines Flächenkatasters für Freiflächen-Photovoltaik; Änderungsantrag der BVG-Fraktion vom 15.03.2023 zum Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: BVG/0014/2023
17. Anregungen und Mitteilungen

Teil B

18. Einführung eines Klimaschutzpreises; Antrag der SPD-Fraktion vom 17.11.2021
Vorlage: SPD/0005/2021
19. Eckwerteanträge
- 19.1. Einplanung von Mitteln für die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen; Eckwerteantrag der CDU-Fraktion vom 17.11.2021
Vorlage: CDU/0002/2021
- 19.2. Klimaneutralität der städtischen Gebäude; Eckwerteantrag zum Haushalt 2022 der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 13.10.2021
Vorlage: Grü/0008/2021
20. Förderung von Klimaschutzmaßnahmen; Antrag der CDU-Fraktion vom 12.01.2022
Vorlage: CDU/0003/2022
21. Erstellung kommunales Wasserkonzept; Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 19.08.2022
Vorlage: Grü/0017/2022
22. Adaptive Solarbeleuchtung des Fuß-/Radweges „In den Tiefen Wiesen“; Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 21.08.2022
Vorlage: Grü/0018/2022
23. Auftrag an die Verwaltung zur Durchführung eines Bauleitplanverfahrens zugunsten eines Nutzungskonzeptes mit Lebensmittelbetrieb und Wohnkonzept im Stadtteil Richen
Vorlage: 210/0183/2022
24. Richtlinie zur Vergabe städtischer Baugrundstücke
Neufassung 2023
Vorlage: 310/0083/2023

25. Grundsatzbeschluss zur Durchführung eines Bauleitplanverfahrens zugunsten einer Wohnbebauung auf den Grundstücken Flur 23 Nr. 13, 14, 15 (tw.) in der Gemarkung Groß-Umstadt
Vorlage: 210/0187/2023
26. Lichtverschmutzung; Antrag der BVG-Fraktion vom 11.02.2023
Vorlage: BVG/0013/2023

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Daniela Stoeckel eröffnet die 20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere den neuen Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Herrn Michael Ohl. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Gegen das Protokoll der 19. Sitzung vom 02.02.2023 liegen keine Einwendungen vor.

Frau Dr. Stoeckl teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 8 durch Bürgermeister Kirch zurückgezogen wurde. Die Tagesordnungspunkte 13 und 14 wurden durch die antragstellenden Fraktionen zurückgestellt.

Teil A

Zu TOP 1 Mitteilungen der stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteherin

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu TOP 2 Mitteilungen des Magistrats

Zu TOP 2.1 Kurzmitteilungen zur Stadtverordnetenversammlung

Bürgermeister Kirch

- teilt mit, dass die aktuelle Platzvergabe für die Kitaplätze abgeschlossen ist. Die Wartelisten der verschiedenen Träger wurden zusammengeführt. Es stehen nach der ersten Vergaberunde insgesamt 130 Kinder auf der Warteliste. Es gab eine Pressemitteilung. Absagen wurden keine versendet, bis Sommer sei mit Bewegungen und entsprechendem Nachrückrücken zu rechnen. Für das nächste Jahr werde die Onlineanmeldung vorbereitet;
- berichtet über den erfolgten 1. Spatenstich für die Kita Wiebelsbach und die erwartete Fertigstellung der Kita-Erweiterung in Kleestadt bis Ende des Jahres. Ab 2024 sei dann an diesen Standorten das erweiterte Kinderbetreuungsangebot vorhanden;
- teilt mit, dass die Antwort zur heute aktuell eingegangenen Anfrage der FDP zu den Ferienangeboten bei ihm eingesehen werden könne und schriftlich versandt werde;
- berichtet über zahlreiche Rückmeldungen zur Pressemitteilung hinsichtlich der neuen Winzerfestgläschen;

- spricht die Friedenskundgebung auf dem Marktplatz an und dankt hier für die Redebeiträge der stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteherin Frau Dr. Stoeckel und Herrn Dekan Meyer. Weiterhin dankt er allen, die kostenfrei musiziert und Aufnahmen gemacht haben;
- berichtet über die Information von Hessenforst, dass die Windvorrangfläche im Staatsforst nun die Fläche für Projektierer ausgeschrieben wird, um dort Windkraftanlagen verwirklicht werden können. Wunsch der Stadt war es, dass hier die festgelegten städtischen Kriterien angewandt werden, damit im Gleichklang nicht nur die drei Anlagen auf unserer Fläche sondern auch die Anlagen auf der Fläche von Hessenforst realisiert werden können, was durch Hessenforst und nun auch durch die Landesregierung abgelehnt wurde. z.B. betrifft dies den Abstand zur nächsten Siedlung von 1000 m, in den eigenen Kriterien sind 1200 m festgelegt. Hessenforst wird zu 70% Angebot für die Pachtzahlung berücksichtigen und zu 30% Beteiligungsmöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger. In der Fläche von Hessenforst sind bis zu 8 Windkraftanlagen möglich. Er hebt hervor, dass es zwei verschiedene Projekte sind, die in unterschiedlicher Weise angegangen werden, dennoch wird Hessenforst aktiv durch die Stadtverwaltung unterstützt werden. In Dorndiel besteht die Besonderheit, das von dort aus auch die Anlagen von Schaafheim und Mömlingen zu sehen sind – hier laufen gute Gespräche mit den Nachbarkommunen;
- spricht den Ausbau von vier barrierefreien Bushaltestellen im Stadtgebiet an. Als Ersatz für den Ausbau im Adenauerring wurde die Semder Straße in Richen der DADINA vorgeschlagen;
- teilt die Übertragung von Haushaltsausgaberesten aus dem Vorjahr in Höhe von 9 Millionen Einnahmen und 19 Millionen Ausgaben in das aktuelle Haushaltsjahr mit;
- berichtet in Bezug auf den Antrag „Vermiete an Deine Stadt“ über den beim Landkreis durchgeführten Wohnungsgipfel und gewonnene Einblicke in die Vielseitigkeit. Hierzu wird es eine Sondersitzung im Sozialausschuss geben. Viernheim und Weiterstadt seien hier bereits aktiv.

**Zu TOP 2.2 Stand der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung am
16.03.2023
Vorlage: 320/1122/2023**

Inhalt der Mitteilung

Der aktuelle Stand der Beschlüsse wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2.3 Beantwortung der FDP-Anfrage zur Lichtverschmutzung
Vorlage: /0192/2023

Inhalt der Mitteilung

1. Welchen Anteil haben zurzeit LED-Leuchten an der gesamten Straßenbeleuchtung in Groß-Umstadt (einschließlich der Ortsteile)?

Zurzeit sind 1.195 Lampen mit LED-Technik ausgestattet, insgesamt gibt es 2.201 Straßenleuchten im gesamten Stadtgebiet.

2. Welche Straßen in der Kernstadt und welche in den Ortsteilen sind bislang umgerüstet?

Die Standorte der LED-Leuchten können der beiliegenden Tabelle entnommen werden.

3. Wurden bisherige Leuchten am Ende ihrer Lebensdauer durch LED Leuchten ersetzt, wenn ja wie viele und an welchen Standorten?

Nein, auf Grund der verschiedenen Konzepte (z.B. „Konzept 2020 Langfeldleuchten Tausch“) wurde vor Beendigung der Lebensdauer die ausgewählten Leuchten durch Effizientere ersetzt.

4. Mussten LED-Leuchten bereits ersetzt und neu installiert werden und wenn ja, aus welchem Grund?

. Nein, bisher mussten noch keine LED-Leuchten ersetzt werden.

5. Werden die neuen Leuchten gedimmt oder stellenweise ganz abgeschaltet und wenn ja, in welchem Zeitraum?

Ja die LED-Leuchten werden in der Nacht gedimmt (siehe auch beiliegende Tabelle), aber auch die Natriumdampflampen dimmen sich in der Nacht herunter und zwar von 70 W auf 50 W. Eine komplette Nachtabschaltung erfolgt bei 311 Leuchten, im Zeitraum von 23:00 – 5:00 Uhr.

6. Wird bei den neuen Leuchten auf umweltschonende Farbtemperaturen und weitere Abschirmungen zur Verkleinerung oder Lenkung des Lichtkegels geachtet?

Ja, alles unter Berücksichtigung der Norm DIN EN 13201. Bei den LED-Leuchten ist eine Abschirmung nicht erforderlich, da deren Leuchtkegel sehr viel besser justierbar ist auch den Straßenraum. Eine Streuung wie bei den vorherigen Modellen ist nicht mehr gegeben.

Natürlich ist die Wahl der Farbtemperatur ein wichtiges Auswahlkriterium und wird gerne entsprechend dem Wunsch der Stadt Groß-Umstadt, in den weiteren Angeboten berücksichtigt, wenn dieser eindeutig formuliert ist.

Geringe Kelvin Werte erhöhen den Verbrauch der Leuchte für die gleiche Ausleuchtung:

2200K → 89lm pro Watt (23% weniger Lichtausbeute gegenüber der 4000K)

3000K → 111lm pro Watt (5% weniger Lichtausbeute gegenüber der 4000K)

4000K → 116lm pro Watt

Darüber hinaus werden Leuchten mit 1800K von einigen Herstellern nicht angeboten.

Im Hinblick auf das bevorstehende Naturschutzgesetz wird eine Farbtemperatur von 2700K für die Straßenbeleuchtung empfohlen.

7. Welches Einsparpotential an Energieeinsparung und an CO₂-Emissionen wurde insgesamt mit den bisherigen Maßnahmen realisiert und wie wird dieses jeweils berechnet? Wenn alle Straßen umgerüstet sein werden?

8. Wie und in welchem Zeitraum ist eine weitere Umrüstung vorgesehen?

Eine weitere Umrüstung ist aufgrund der geringen Restlaufzeit (2025) des Konzessionsvertrages, vor Abschluss eines neuen nicht vorgesehen.

9. Was hat die Umrüstung bisher gekostet und wie teilen sich diese Kosten auf?

Die Umrüstung erfolgte durch die E-Netz-Südhessen, aufgrund des EU Verbotes der Quecksilberdampf lampen im Rahmen des Konzessionsvertrags. Hierdurch entstanden keine zusätzlichen Kosten für die Stadt Groß-Umstadt.

10. Hat die Stadt für die Umrüstung Zuschüsse beantragt und bei welcher Institution?

11. Sind Zuschüsse gewährt worden? Von wem, in welcher Höhe und aus welchem Programm?

Da es keinerlei Eigenmittel der Stadt Groß-Umstadt bedurfte wurden auch keine Zuschüsse beantragt.

12. Auf welche Summe beläuft sich das Einsparpotential jährlich für die Stadt zum derzeitigen Umrüstungsstand? Wo im HH-Plan ausgewiesen?

Im Haushaltsplan können keine Einsparungen dargestellt werden. Dieser weißt nur die erforderlichen Ausgaben auf, die für die bestehende Beleuchtungsanlage in Groß-Umstadt aus. Die Kosten setzen sich aus den Stromkosten (47%) und den Wartungskosten + Grundpreis (53%) sowie der Steuer zusammen. Einsparungen könnten nur dann ersichtlich werden, wenn die Anzahl der Leuchten sich innerhalb von 2 Jahren nicht verändern würden. Infolge der Neubaugebiete (Am Umstädter Bruch/Auf dem Steinborn/Otto-Hahn-Straße sowie am Bahnhof Mitte) sind 105 neue Leuchten hinzugekommen.

13. Mit welchem Einsparpotential jährlich wird gerechnet, wenn alle Groß-Umstädter Straßen umgerüstet sein werden? Wann wird das der Fall sein?

Leider können keine Hochrechnungen getätigt werden, da Referenzwerte fehlen.

14. Wer berät die Stadt bei der Umrüstung auf LED-Beleuchtung, damit die Aspekte Energieeinsparung, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz bei der Beleuchtungsplanung in einem ausgewogenen Verhältnis Beachtung finden?

Sobald im Rahmen einer Ausschreibung der neue Konzessionsnehmer feststeht, werden weitere Leuchten mit LED-Technik ausgestattet. Die Abteilungen 220 und 240 tauschen sich gemeinsam mit dem Konzessionsnehmer vor der Neuanschaffung von Leuchten aus, so dass hier ein ausgewogenes Verhältnis stattfindet.

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2.4 **Immissionsprognose Kita-Neubau Mühlstrasse (jetzt St.Peray-Strasse)**
Vorlage: 230/0047/2023

Bürgermeister Kirch teilt ergänzend mit, dass der Magistrat entschieden habe vor der Vorlage eines Grundsatzbeschlusses, in dem erste Kostenschätzungen und die Anforderungen an das Gebäude enthalten sind sowie die Bestimmung des Standortes festgelegt wird, Alternativstandorte benannt werden sollen. Hintergrund sind Bedenken des Magistrats, ob das Angebot – trotz des vorliegenden Gutachtens - von den Eltern angenommen wird. Der Bürgermeister stellt klar, dass er hierzu eine abweichende Meinung vertritt, um schnellstmöglich eine Grundsatzentscheidung, bei der auch die Standortfrage geklärt werden könnte, herbeizuführen und in die Vorplanung einzusteigen. Im nächsten Sitzungszug wird eine Standortliste zur Entscheidung vorgelegt werden. Da die Planungen nun vom Magistrat gestoppt wurden, kommt es zu Verzögerungen beim Ausbau der Kinderbetreuung.

Inhalt der Mitteilung

Die vom beauftragten Sachverständigenbüro abgegebene Bewertung lautet wie folgt:

Zitat: „Die Ergebnisse der Berechnungen zeigen, dass in Verbindung mit dem bestimmungsgemäßen Betrieb der Resopal keine Anhaltspunkte gegeben sind, dass auf dem für die geplante Kita an der Mühlstrasse vorgesehenen Grundstück maßgebenden Immissionseinwirkungen der betrachteten Komponenten zu erwarten sind.“

Zur Kenntnis genommen

Inhalt der Mitteilung

1. Einsparungen infolge geänderter Einschaltzeiten:

Eine Verlängerung der halbnächtigen Schaltung (Zeit in der Leistung reduziert wird od. ganz aus) in Groß-Umstadt momentan von 23 – 5 Uhr auf z.B. 22 – 5 Uhr, ergibt ein Einsparpotential von ca. 3 - 5 %. Dies sind rd. 3.250,00 € - 5.426,00 € pro Jahr. Hiervon betroffen sind zurzeit im gesamten Stadtgebiet 160 Lampen, die im Zeitraum zwischen 23:00 – 5:00 Uhr ausgeschaltet werden, 1.769 Lampen schalten/dimmen sich in diesem Zeitraum zurück (z.B. von 70 W auf 40 W bzw. 14 W auf 7 W).

Ein späteres Ein- bzw. früheres Ausschalten der kompletten Straßenbeleuchtung nur in Groß-Umstadt ist technisch nicht umsetzbar, da hiervon auch die Nachbarkommunen betroffen wären. Somit lassen sich mit dieser Möglichkeit keine bzw. nur geringe Mittel einsparen.

2. Einsparungen infolge abschalten einzelner Leuchten:

Bei der Abschaltung einer Natriumdampfleuchte ergibt sich ein Einsparpotential von $50 \text{ W} * 9 \text{ h} * 365 \text{ d} = \mathbf{164 \text{ kWh/Jahr}} * 0,40 \text{ €/kWh} = \mathbf{65,7 \text{ €/ Jahr}}$. Die 50W ist als rechnerischer Mittelwert angenommen worden. Die NAV-Lampe brennt rd. 3 h mit 70 W und 6 h mit 40 W.

Bei der Abschaltung einer LED-Leuchte ergibt sich ein Einsparpotential von $9 \text{ W} * 9 \text{ h} * 365 \text{ d} = \mathbf{30 \text{ kWh/Jahr}} * 0,40 \text{ €/kWh} = \mathbf{11,80 \text{ €/Jahr}}$. Die 9W ist als rechnerischer Mittelwert angenommen worden. Die LED-Lampe brennt rd. 3 h mit 14 W und 6 h mit 7 W.

3. Aktueller Sachstand

Zurzeit sind 1.195 Lampen mit LED-Technik ausgestattet, insgesamt gibt es 2.201 Straßenleuchten im gesamten Stadtgebiet. Eine weitere Umrüstung ist aufgrund der geringen Restlaufzeit (2025) des Konzessionsvertrages, vor Abschluss eines neuen nicht vorgesehen.

Der Austausch der Leuchten wird vom Konzessionsnehmer veranlasst und durchgeführt, in unserem Fall ist dies die E-Netz-Süd Hessen. Der, für die Stadt kostenneutrale Lampentausch, refinanziert sich über 10 Jahre. Aufgrund der auslaufenden Verträge ist die Refinanzierung nicht mehr gesichert.

Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auch auf die Vorlage /0192/2023 der FDP-Anfrage.

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 3 **Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die
Amtsperiode 2024 - 2028**
Vorlage: 320/1107/2023

Die Stadtverordneten Stefan Bock und Dieter Ohl sowie Stadtrat Oliver Schröbel nehmen wegen Widerstreit der Interessen weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil und verlassen den Saal.

Beschluss:

Für die Wahl zur Jugendschöffin/zum Jugendschöffen werden dem Jugendamt des Kreises Darmstadt-Dieburg folgende Bewerberinnen und Bewerber vorgeschlagen:

Reiner Appenzeller
Bernd Novotny
Dieter Ohl
Matthias Meyer
Stefan Max Bock
Bianca Schoknecht
Sandra Schröbel

Abstimmungsergebnis: 27 Jastimmen

Nach Rückkehr von Herrn Bock, Herrn Ohl und Herrn Schröbel teilt die stellv. Stadtverordnetenvorsteherin den einstimmigen Beschluss mit.

Zu TOP 4 **Änderung der Marktordnung für den Umstädter Herbstmarkt**
Vorlage: 150/0117/2023

Nach Vortragen der Änderungen durch Bürgermeister Kirch gibt der Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Stadtmarketing, Kultur und Sport die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Ausschusses bekannt.

Beschluss:

Die Marktordnung der Stadt Groß-Umstadt für den Umstädter Herbstmarkt wird, wie in ANLAGE 2 „Änderung zur Marktordnung der Stadt Groß-Umstadt für den Umstädter Herbstmarkt“ aufgeführt, geändert.

Abstimmungsergebnis: 29 Jastimmen

Zu TOP 5 **Satzung zum verpflichtenden Einbau von Zisternen und Förderung beim Einbau von Zisternen**

Bürgermeister Kirch teilt mit, dass der Magistrat um Vorlage einer Satzung zum verpflichtenden Einbau von Zisternen sowie die Darlegung von Fördermöglichkeiten gebeten wurde. Es wird der verpflichtende Einbau einer Kombizisterne vorgeschlagen und statt einer finanziellen Investitionsförderung den Vorteil darzustellen, welchen Vorteil in der Ersparnis der Niederschlagswassergebühr bei Einbau einer Zisterne hat.

Im Anschluss an die Aussprache aller Fraktionen lässt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin zunächst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen. Nach dessen Ablehnung lässt sie über den Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ abstimmen. Da dieser mehrheitlich angenommen wird, wird der Verwaltungsantrag nicht abgestimmt.

Zu TOP 5.1 **Grundsatzbeschluss**
Vorlage: 210/0178/2022

Zu TOP 5.2 **Änderungsantrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom**
14.03.2023
Vorlage: Grü/0024/2023

Beschluss:

Die Verwaltung bereitet einen Satzungsentwurf vor, dass für Neubauten von Wohnhäusern sowie Gewerbe- und Industriebauten Kombizisternen (Speicher- und Retentionszisternen) einzubauen sind. Das Wasser ist zu sammeln und für die Gartenbewässerung und Toilettenspülung (opt. Waschmaschine) zu nutzen.

Zusätzlich erhält die Verwaltung den Auftrag, zu prüfen, ob für die genannte Anlage ein Nachweis, wieviel Menge Niederschlagswasser als Brauchwasser dem Kanal und Kläranlage zugeführt wird über einen zusätzlichen Zähler zwingend erforderlich ist oder ob ein anderes Modell z.B. ein pauschaler Nachweis über die Anzahl der Bewohner angewandt werden kann.

Eine mögliche Förderung für den Einbau von Zisternen wird in einem gesonderten Verfahren behandelt.

Abstimmungsergebnis: 17 Jastimmen (SPD/Bündnis 90/Die Grünen)
12 Neinstimmen (BVG/CDU/FDP)

Zu TOP 5.3 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 16.03.2023
Vorlage: FDP/0011/2023

Beschlussvorschlag:

**Im Betreff ist das Wort „verpflichtend“ zu streichen,
im Vorschlag selbst die Beschränkung auf „Wohnhäuser mit bis zu 2
Wohneinheiten“**

Der neue Beschlussvorschlag lautet dann:

Die Verwaltung bereitet einen Satzungsentwurf vor, durch den mit Nachdruck empfohlen wird, für Neubauten von Wohnhäusern Kombizisternen (...) einzubauen. Das Wasser soll darin gesammelt und für die Gartenbewässerung verwendet werden.

(...)

Abstimmungsergebnis: 2 Jastimmen (FDP)
27 Neinstimmen (SPD, CDU, BVG, Bündnis 90/Die Grünen)

Der Antrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

**Zu TOP 6 Bebauungsplan „Auf dem Heimgesberg“ im Stadtteil Kleestadt
sowie 2. Änderung des Flächennutzungsplanes
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Einleitung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 210/0020/2019**

Nach Bekanntgabe der einstimmigen Zustimmungen des Bauausschusses durch den Vorsitzenden Engels und des Ortsbeirates Kleestadt durch Ortsvorsteherin Glorius erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Für das südwestlich der Ortslage von Kleestadt gelegene Areal am Schnittpunkt der Friedrich-Ebert-Straße (L 3115) sowie der Kleestädter Straße (L 3065) wird **kein** Bebauungsplan aufgestellt. Der wirksame Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren **nicht** geändert.

Zu TOP 8 **Ausübung des Vorkaufsrecht nach § 23 Absatz 6 Hessisches Wassergesetz**

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

Zu TOP 9 **Überprüfung von Grundstücken und Immobilien in Bezug auf Einführung einer Grundsteuer C**

**Zu TOP 9.1 **Prüfantrag der BVG-Fraktion vom 02.02.2023
Vorlage: BVG/0009/2023****

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wie viele unbebaute aber baureife Grundstücke bzw. ungenutzte Wohnimmobilien bzw. „Schrottimobilien“ im gesamten Stadtgebiet vorhanden sind, die einer Grundsteuer C unterliegen würden. Die Ergebnisse sind der Stadtverordneten-versammlung bis zum Ende des Jahres vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: 29 Jastimmen

**Zu TOP 9.2 **Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 16.03.2023
Vorlage: FDP/0009/2023****

Nach erfolgter Aussprache zieht Frau Dr. Sauer den Antrag vor Eintritt in die Beschlussfassung zurück.

**Zu TOP 10 **Einrichtung eines Facharbeitskreises Bauen; Antrag der BVG-Fraktion vom 02.02.2023
Vorlage: BVG/0010/2023****

Nach erfolgter Aussprache der Fraktionen und Bekanntgabe der mehrheitlichen Ablehnung im Bauausschuss durch den Vorsitzenden Engels, wird der Antrag vom Stadtverordneten Münch zurückgestellt.

**Zu TOP 11 **Realisierung einer Hundewiese; Antrag der BVG-Fraktion vom 02.02.2023
Vorlage: BVG/0011/2023****

Stadtverordneter Donig regt eine Kontaktaufnahme mit dem Schäferhundeverein an.

Ausschussvorsitzender Alfonso Muñoz gibt die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses bekannt.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Initiative privater Hundehalter im Stadtteil Umstadt, bei der Suche und Realisierung einer Hundewiese zu unterstützen. Betrieb und Pflege der Wiese soll dabei in Verantwortung der Hundehalter bleiben.

Abstimmungsergebnis: 23 Jastimmen (SPD, FDP, BVG, 3 CDU)
5 Neinstimmen (Bündnis 90/Die Grünen“
1 Enthaltung (CDU)

Zu TOP 12 Erhöhung des Geschosswohnungsbaus in künftigen Neubaugebieten; Antrag der BVG-Fraktion vom 02.02.2023
Vorlage: BVG/0012/2023

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

Zu TOP 13 Vermietung an die Stadt
Zu TOP 13.1 Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 22.09.2022
Vorlage: SPD/0011/2022
Zu TOP 13.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.02.2023
Vorlage: CDU/0010/2023
Zu TOP 13.3 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 16.03.2023
Vorlage: FDP/0010/2023

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

Zu TOP 14 Einführung der Gelben Tonne; Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 23.06.2022
Vorlage: Grü/0016/2022

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

Zu TOP 15 Hybridmodell aus Handel und bezahlbarem Wohnraum - Antrag "Bündnis90/Die Grünen" vom 09.12.2022 mit Änderungen vom 06.01.2023
Vorlage: Grü/0022/2022

Der Antrag wird durch Stadtverordnete Sagnelli-Reeh vorgestellt. Bauausschussvorsitzender Engels gibt die einstimmige Empfehlung des Gremiums bekannt. Bürgermeister Kirch ergänzt die Kooperation mit Arztpraxen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat zu prüfen, ob bei zukünftigen Neubauten und bereits ansässigen Märkten eine Kombination aus Handel

und bezahlbarem Wohnraum (Hybridmodell) realisiert werden kann. Die Verwaltung wird gebeten, den Bedarf bei den Händlern zu erfragen. Sie soll ermitteln, wann und ob es die Möglichkeit gäbe, geförderten Wohnraum, in Form des Hybridmodelles umzusetzen. Mit der Bitte um Mitteilung, ob es ein gemeinsames Projekt geben kann.

Abstimmungsergebnis: 29 Jastimmen

Zu TOP 16 Erstellung eines Flächenkatasters für Freiflächen-Photovoltaik

Stadtverordneter Alfonso Muñoz stellt den Antrag vor. Bauausschussvorsitzender Engels berichtet über die mehrheitliche Zustimmung des Gremiums zur geänderten Beschlussvorlage.

Während der Aussprache der Fraktionen gibt Stadtverordneter Kreß den Hinweis auf Karten im Geoportal Hessen, die eine gute Grundlage für die Erstellung geben können.

Bürgermeister Kirch äußert Bedenken, bezüglich des Aufwandes, da in der Ausschussberatung benannt wurde, dass jedes Grundstück einzeln analysiert werden soll, dies sei nicht möglich.

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Stoeckel lässt zunächst über den Änderungsantrag der BVG-Fraktion abstimmen und im Anschluss über den Antrag der SPD-Fraktion.

Zu TOP 16.1 Antrag SPD vom 21.12.2022 Vorlage: SPD/0014/2023

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt ein Flächenkataster für Freiflächen-Photovoltaik zu erstellen. Versiegelte Flächen (z.B. Parkplätze), belastete Flächen (z.B. ehemalige Deponien), Flächen mit besonderer Bedeutung (Wasserschutzgebiet) und landwirtschaftlich schwer zu bewirtschaftenden Flächen müssen hier vorrangig aufgeführt werden, um ihnen bei der Errichtung von Freiflächen-Photovoltaik Relevanz zu verleihen.

Der Magistrat wird außerdem beauftragt, diese Flächen öffentlichkeitswirksam bei potenziellen Investierenden zu bewerben und zusätzlich den örtlichen Unternehmerdialog offensiv zu nutzen. Ziel muss es hier auch sein, Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger bei der Wertschöpfung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu erwirken.

Abstimmungsergebnis: 17 Jastimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
12 Neinstimmen (CDU, FDP, BVG)

**Zu TOP 16.2 Erstellung eines Flächenkatasters für Freiflächen-Photovoltaik;
Änderungsantrag der BVG-Fraktion vom 15.03.2023 zum Antrag
der SPD-Fraktion
Vorlage: BVG/0014/2023**

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, anstatt der Erstellung eines Flächenkatasters für Freiflächen-Photovoltaik folgende Vorgehensweise der Verwaltung zu organisieren:

Die Stadt bietet sich an als Evidenzstelle zwischen Grundstückseigentümer und Investoren zu fungieren. Das heißt, die Stadt sammelt Informationen, die sie dann an interessierte Investoren mit Zustimmung der Grundstückseigentümer*innen weitergibt. Durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit ist zu vermitteln, welche Art von Grundstücken, nach dem beschlossenen Kriterienkatalog für die Flächen-PV-Nutzung als geeignet erscheinen.

Grundstückseigentümer, die geeignete Grundstücke der Flächen PV Nutzung zuführen möchten, werden gebeten, ihr Interesse bei der Verwaltung anzumelden.

Die Meldung beinhaltet die Erklärung der Bereitschaft dazu, dass die Verwaltung die Kontaktdaten der Eigentümer an interessierte Investoren weitergegeben werden kann. Der Eigentümer kann seine Bereitschaft auch auf bestimmte Investoren bzw. Investorengruppen (z.B. nur für Projekte mit Bürgerbeteiligung) einschränken.

Abstimmungsergebnis: 6 Jastimmen (BVG)
23 Neinstimmen (SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Zu TOP 17 Anregungen und Mitteilungen

Stadtverordneter Alfonso Muñoz

- erkundigt sich nach dem Sachstand EMS;
Hierzu teilt Bürgermeister Kirch mit, dass man weiterhin im Gespräch sei. Zwischenlösungen für Logistik wurden außerhalb des Stadtgebietes gefunden und die EMS sei an einer dauerhaften Lösung vor Ort interessiert.
- spricht das Projekt „Umstadt hilft“ an und dem Interesse an einer Örtlichkeit für die Kleiderkammer in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz. Hier wird nach einem Gespräch auf ein Signal gewartet
Bürgermeister Kirch teilt hierzu mit, dass dies ein Anstoss von ihm war im Hinblick darauf, dass die Notwendigkeit der Kleiderkammer nicht nur für Geflüchtete gesehen wird und auf Dauer angelegt sein soll. Der Mehrzweckraum solle wieder für andere Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Die Rückmeldung fehlt, da er zunächst mit den Second-Hand-Läden sprechen wollte. Ein Angebot in der Innenstadt werde favorisiert. Man werde aus der Stadtverwaltung die Zusage einhalten und das DRK und das Team der Kleiderkammer unterstützen.

- regt hinsichtlich des Radverkehrskonzepts einen Rundgang mit Bürgerinnen und Bürgern an, um aufzuzeigen was schon umgesetzt wurde und wo es noch Problematiken gibt.

Stadtverordneter Emmerich

- spricht den Zwischenbericht 2021 zum Radverkehrskonzept an und teilt seine Unzufriedenheit mit, da das Konzept seit fast sechs Jahren verabschiedet sind, viele Maßnahmen daraus bestanden bereits vor oder Erneuerung der Markierungen; die einzige signifikante Änderung sei die Einrichtung einer 30er Zone in der Realschulstraße
Bürgermeister Kirch verweist hierzu auf die im Bauausschuss vorgelegte Mitteilungsvorlage 210/0189/2023, die aus Zeitgründen leider nicht besprochen werden konnte, was in der nächsten Sitzungsrunde erfolgen sollte. Künftig werden solche Mitteilungen auch der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden, um sicherzustellen, dass die Information alle Stadtverordneten erreiche.
Weiterhin nimmt der Bürgermeister die Anregung zum Rundgang auf und zur Bürgerbeteiligung bei der Weiterentwicklung des Generalverkehrsplanes mit.

Stadtverordnete Sagnelli-Reeh

weist auf eine bestehende Parkproblematik in der Friedrich-Ebert-Straße in Kleestadt hin. Bürgermeister Kirch teilt mit, dass dies bekannt sei und man versuche durch persönliche Ansprachen eine gute Lösung zu finden, da kein Verstoß vorliege.

Stadtverordnete Dr. Stoeckel

bittet darum, Änderungsanträge für die Stadtverordnetenversammlung frühzeitiger vorzulegen, damit eine Beratung in den Fraktionen stattfinden könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin um 22.10 Uhr die Sitzung.

Dr. Daniela Stoeckel
Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin

Andrea Schickedanz
Schriftführerin